

# Grün "umsteuern"

## Einfacher, ehrlicher und gerechter zu einem solide und nachhaltig finanzierten Gemeinwesen

Wir Grüne wollen die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen sichern und diesen eine realistische Möglichkeit geben, die Anforderungen der neu eingeführten grundgesetzlichen Schuldenbremse auf Dauer einzuhalten. Wir wollen zudem das soziale Sicherheitsnetz wieder enger spannen, um die Menschen im Alter, bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit besser abzusichern und ihnen Abstiegsängste zu nehmen. Wir wollen die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich wieder schließen, unser Bildungssystem stärken und insbesondere allen Kindern gleiche Startchancen im Leben geben.

Dafür wird es nötig sein, unsere Steuereinnahmen auf eine solide Basis zu stellen, indem wir auf allen Ebenen gegen Steuerhinterziehung kämpfen und Steuervermeidungsstrategien, insbesondere von großen multinationalen Unternehmen, einen Riegel vorschieben. Auch wollen wir ökologisch und ökonomisch unsinnige Staatssubventionen u.a. für Dienstwagen und Dieselfahrzeuge abschaffen. Unsere Forderung ist klar: Nachhaltigkeit muss ein durchgängiges Lenkungsprinzip unseres Steuersystems werden!

Unser Ziel ist nicht, Steuern zu erhöhen, sondern die Steuerlast gerechter zu verteilen und das Steuersystem insgesamt zu vereinfachen, da sich tendenziell nur noch Besserverdiener mit einem guten Steuerberater im Dickicht der vielen Sonderregelungen zurechtfinden und ihre Ansprüche geltend machen.

Deshalb wollen wir auch diejenigen stärker zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben heranziehen, die besonders breite Schultern haben. Dazu fordern wir eine moderate, unbürokratische und verfassungsfeste Vermögenssteuer. Um das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1996 umzusetzen, müssen hierbei alle Vermögensarten gleichermaßen nach ihrem aktuellen Verkehrswert einbezogen werden, abzüglich möglicher Verbindlichkeiten. Die ersten 2 Millionen Euro Vermögenssubstanz wollen wir mit einem entsprechend großzügigen Freibetrag von der Steuerberechnung ausklammern, um wirklich nur überdurchschnittlich Wohlhabende zu treffen. Selbst ein durchschnittliches Einfamilienhaus in München läge deutlich unter diesem Freibetrag. Nach einem Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung wären so weniger als 400.000 Personen vermögenssteuerpflichtig, also nur 0,5% der Bevölkerung. Durch einen historisch gewachsenen und in anderen Ländern nicht unüblichen Steuersatz von 1% sowie eine Begrenzung auf 25% des Vermögensertrages werden wir zudem sicherstellen, sodass de facto keine Substanzbesteuerung erfolgt und eine "erdrosselnde Wirkung" unterbleibt. Und indem wir analog zur Einkommensteuererklärung die Vermögenshöhe durch die Steuerpflichtigen selbst errechnen und stichprobenartig überprüfen lassen, reduzieren wir den Verwaltungsaufwand auf ein für die Finanzbehörden handhabbares Maß. Um die Möglichkeiten zur Steuerflucht zu verringern wollen wir die Vermögenssteuerpflicht an die deutsche Staatsbürgerschaft koppeln. Nach Berechnungen des größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts DIW würde, selbst unter Berücksichtigung erwartbarer Ausweichreaktionen, eine derart vorsichtig umgesetzte Vermögenssteuer knapp 12 Milliarden Euro jährlich in die Kassen der Bundesländer spülen. NRW wäre eines der Bundesländer, die überproportional davon profitieren würde!

Außerdem müssen wir das ungerechte und mehrmals für verfassungswidrig erklärte Erbschaftssteuerrecht so reformieren, dass kleine und durchschnittliche Vermögenswerte dank deutlich angehobener Freibeträge problemlos zur nächsten Generation weitergegeben werden können, während höhere Erbschaften progressiv besteuert werden. Alle Vermögenswerte müssen fair nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip besteuert werden, die Gerechtigkeitslücke aufgrund unterschiedlicher Behandlung von Privat- und Betriebsvermögen wollen wir schließen. Um Arbeitsplatzverluste bei der Vererbung von Familienunternehmen zu verhindern, wollen wir eine

8 Gewinnverrechnung und eine Steuerzahlung in Raten über 20 Jahre ermöglichen. Bei Fortführung  
 9 eines Betriebes und Erhalt der Arbeitsplätze ist ein bis zu 50-prozentiger Steuernachlass denkbar.  
 10 Auch das französische Modell einer Abgeltung durch Abtretung von Unternehmensanteilen wollen  
 11 wir ernsthaft prüfen.

1 Statt einer unzeitgemäßen und kostspieligen Förderung von Paarbeziehungen per Ehegattensplitting  
 2 wollen wir hin zu einer modernen Förderung von Familien mit Kindern, anstatt der bisherigen  
 3 unverhältnismäßigen Bevorzugung von Einverdiener-Ehen! Um jedoch nicht in die langfristige  
 4 Lebensplanung bereits Verheirateter einzugreifen wollen wir das Ehegattensplitting langfristig über  
 5 einen Zeitraum von 25 Jahren abschmelzen.

1 Bei Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung wollen wir Steuerschlupflöcher schließen und  
 2 Fehlanreize für Luxusmodernisierungen beseitigen. Auch Zinseinnahmen müssen fair besteuert  
 3 werden, die Abgeltungssteuer gehört deshalb abgeschafft.  
 4  
 5 Arbeit muss sich endlich wieder lohnen, deshalb wollen wir den Mindestlohn schrittweise erhöhen,  
 6 sowie Einkünfte aus Erwerbsarbeit und Vermögen gleich besteuern. Für uns ist es eine Frage der  
 7 Gerechtigkeit, dass Menschen, die hart arbeiten nicht höher besteuert werden als Kapitalerträge.  
 8 Auch die Höhe des Körperschaftsteuersatzes ist im Sinne einer fairen Verteilung der Steuerlast zu  
 9 überprüfen. Mit einer möglichst europaweiten Finanztransaktionssteuer wollen wir zudem  
 10 Spekulationsgeschäfte eindämmen.

1 Wir wollen die Einkommensteuer fairer gestalten, indem wir den Eingangssteuersatz um 3%  
 2 absenken, um Kleinverdiener zu entlasten, bei gleichzeitiger Anhebung des Spitzensteuersatzes von  
 3 42% auf 45%. Allerdings erst für den Teil des Jahreseinkommens der 120.000 Euro für Singles, bzw.  
 4 240.000 Euro für Paare übersteigt. Die Reichensteuer wollen wir auf 49% anheben, damit diejenigen  
 5 endlich einen angemessenen Anteil leisten, die es sich leisten können.  
 6  
 7 Den Solidaritätszuschlag wollen wir erhalten und für die Förderung strukturschwacher Regionen in  
 8 ganz Deutschland und der strukturell unterfinanzierten Kommunen verwenden, auch um diese  
 9 unabhängiger von der konjunkturabhängigen Gewerbesteuer zu machen. Wer durch die Einnahmen  
 10 des Solidaritätsbeitrages profitiert, darf nicht von der Himmelsrichtung abhängen und muss dem  
 11 tatsächlichen Bedarf entsprechen. So schaffen wir notwendige Impulse für Investitionen in unsere  
 12 Infrastruktur, den sozialen Wohnungsbau und öffentlichen Nahverkehr. Es nützt uns allen, wenn wir  
 13 dadurch das Mietniveau stabilisieren, günstig und umweltfreundlich von A nach B kommen, über  
 14 weniger Schlaglöcher oder baufällige Brücken fahren müssen und unsere Kinder nicht mehr in  
 15 maroden Schulgebäuden unterrichtet werden.

1 Falls all dies nicht ausreicht, um die staatlichen Aufgaben zu erfüllen, für eine gerechtere  
 2 Gesellschaft zu sorgen und dringende Investitionen in unsere Zukunft zu tätigen darf auch die  
 3 "Schwarze Null" kein Tabu sein. So wie man bei Schmerzen sofort zum Arzt gehen sollte, anstatt zu  
 4 warten bis es noch schlimmer oder unheilbar geworden ist, macht es vielfach auch keinen Sinn  
 5 notwendige (Staats-)Ausgaben vor sich her zu schieben. Eine Verzögerung oder ein Outsourcing an  
 6 Privatunternehmen führt in der Regel nur zu Kostensteigerungen, die dann nachkommende  
 7 Generationen zu tragen haben. Gerecht wäre das nicht!  
 8  
 9 Kredite aufzunehmen ist nicht ehrenrührig, entscheidend ist, zu welchen Konditionen! Angesichts der  
 10 Niedrigzinsen weltweit wäre es wirtschaftlich geradezu unvernünftig, diese Chance nicht zu nutzen.  
 11 Da für deutsche Staatsanleihen derzeit Negativzinsen gezahlt werden, können wir durch  
 12 Schuldenaufnahme sogar Gewinne erwirtschaften.  
 13  
 14 Zusammengefasst: Wir Grüne wollen die Staatsfinanzen auf eine solide Basis stellen, den  
 15 Steuerdschongel lichten, für mehr Steuerehrlichkeit und -gerechtigkeit sorgen! So erfüllen wir auch  
 16 unser übergeordnetes Ziel, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und damit den Populisten an den  
 17 politischen Rändern den Wind aus den Segeln zu nehmen.

## **Antragsteller\*innen:**

Marc Kersten, Mario Michalak, Jioti Alexiou, Roland Schwarz, Evelyn Rose-Thalheim, Tobias Grupe, Sarah Niknamtavin, Till Hoffmann, Zsuzsa Bona, Peter Ruther, Fabio A. Voss, Georg Sieglein, Norbert Schäfer, Michael Lang, Ernst Glier, Wolfgang Schäfer, Markus Wagener, Andreas Franco, Martin Bachmann

## **Begründung:**

WOZU DIESER ANTRAG? Die Steuerkommission der Grünen konnte sich bei den Fragen Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Ehegattensplitting nicht einigen. Dieser Antrag soll Kompromisslinien für diese offenen Punkte aufzeigen, unseren Kölner BDK-Delegierten ein klares Votum mit auf den Weg geben und vor allem erklärend einbetten, warum wir Grüne überhaupt das Thema Steuern angehen wollen und wofür wir die Steuergelder verwenden wollen.

WAS IST DIE INHALTLICHE STOSSRICHTUNG? Wir Grüne wollen Steuerehrlichkeit, Steuerfairness und eine Steuervereinfachung! Wir Grüne wollen bei der Bundestagswahl 2017 nicht die Partei der Steuererhöhungen, sondern der soliden Staatsfinanzen und Verteilungsgerechtigkeit sein! Das ist ein Thema das die Menschen bewegt, das ist eine Diskussion die wir an den Wahlkampfständen nächstes Jahr führen und gewinnen können.

Dazu wollen wir Geringverdiener entlasten und wirkliche Spitzenverdiener stärker in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir geringe und mittlere Erbschaften entlasten, die verschiedenen Vermögensarten gerechter besteuern und nicht nur hier das Dickicht der Sonder- und Ausnahmeregelungen lichten. Wir wollen Multimillionäre und große (multinationale) Unternehmen mit einer moderaten, unbürokratischen und verfassungsfesten Vermögenssteuer in die Pflicht nehmen.

Vor allem aber wollen wir die Fehler des letzten Bundestagswahlkampfes nicht wiederholen:

### *1. Wir müssen in der Öffentlichkeit anders auftreten!*

Wenn wir vermitteln, als ob wir Spaß an Steuererhöhungen haben, dann werden wir die Bundestagswahl 2017 verlieren. Wir müssen stets und überall die Botschaft rüber bringen: Steuererhöhungen nur wenn es wirklich notwendig ist!

### *2. Wir müssen wieder lernen, unsere Politik zu erklären!*

Wir wollen keine Steuerreform um der Steuerreform selbst. Wir brauchen Steuermittel um die Handlungsfähigkeit von Ländern und Gemeinden zu sichern - auch vor dem Hintergrund der erhöhten Zuwanderung. Wir müssen die öffentliche Infrastruktur erhalten und den Zerfall unserer Brücken, Straßen und Schulen stoppen. Wir brauchen mehr Mittel, damit die Länder die neu eingeführte Schuldenbremse einhalten können. Und wir müssen für eine faire Verteilung der Steuerlast sorgen, so dass nicht Geringverdiener größere Lasten tragen als multinationale Unternehmen wie Bayer oder Multimillionäre wie Uli Hoeneß.

### *3. Wir dürfen Reformschritte nicht zu kompliziert gestalten!*

Richtschnur sollte sein: Lässt sich ein Vorschlag an einem Grünen Infostand in zwei Sätzen erklären ohne eine doppelt so große Zahl an Rückfragen zu provozieren? Vielstufige Steuerprogressionsmodelle mögen gerechter sein, machen das System aber nicht einfacher und

nicht einfacher erklärbar. Deshalb lieber sehr hohe Freibeträge bei Erbschafts- und Vermögenssteuer (2 Mio) als neue bürokratische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

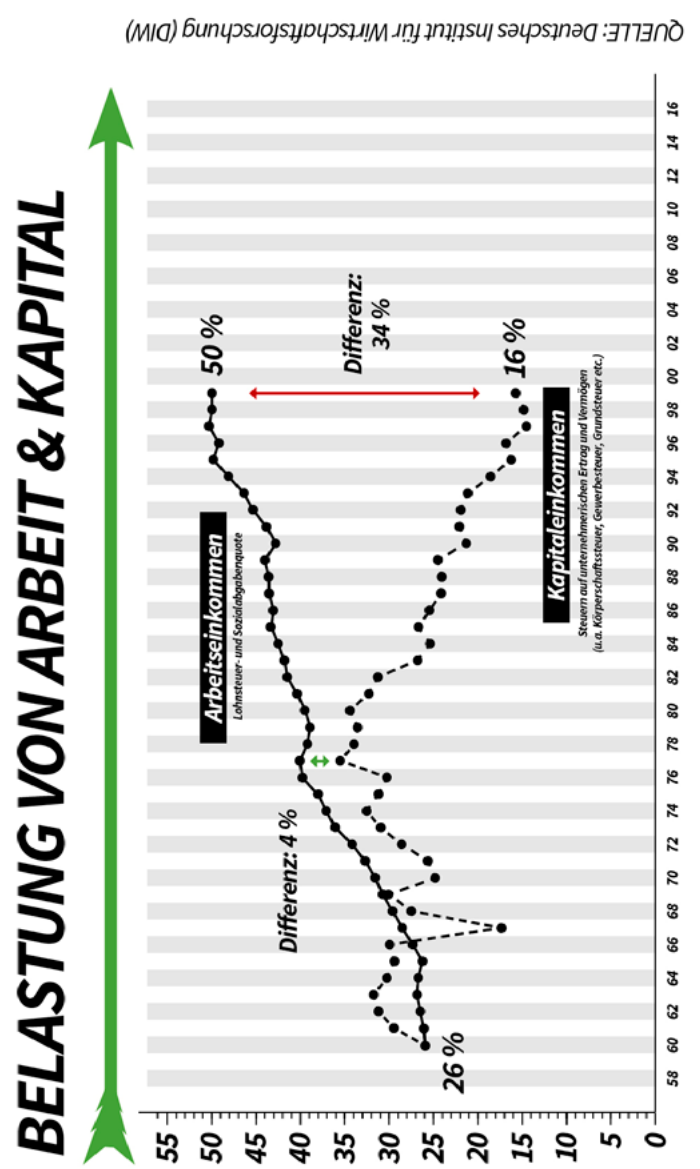
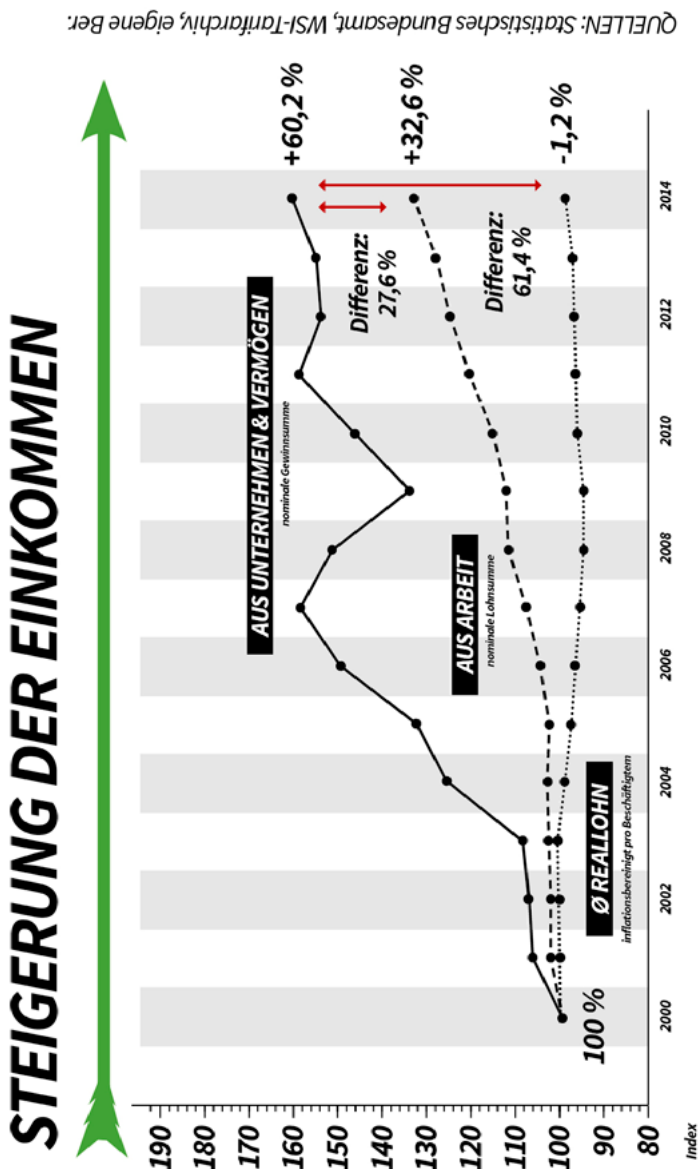
4. Wir sollten die Anzahl der betroffenen Wähler\*innen möglichst gering halten!

Bin ich betroffen? Das war wohl die häufigste Frage im Bundestagswahlkampf 2013. Deshalb sieht der vorliegende Antrag eine doppelt so hohe Schwelle für den Spitzensteuersatz vor (120.000 € Jahreseinkommen statt 60.000) und sieht beim Umbau des Ehegattensplittings in eine moderne Familienförderung eine sehr lange Übergangszeit vor.

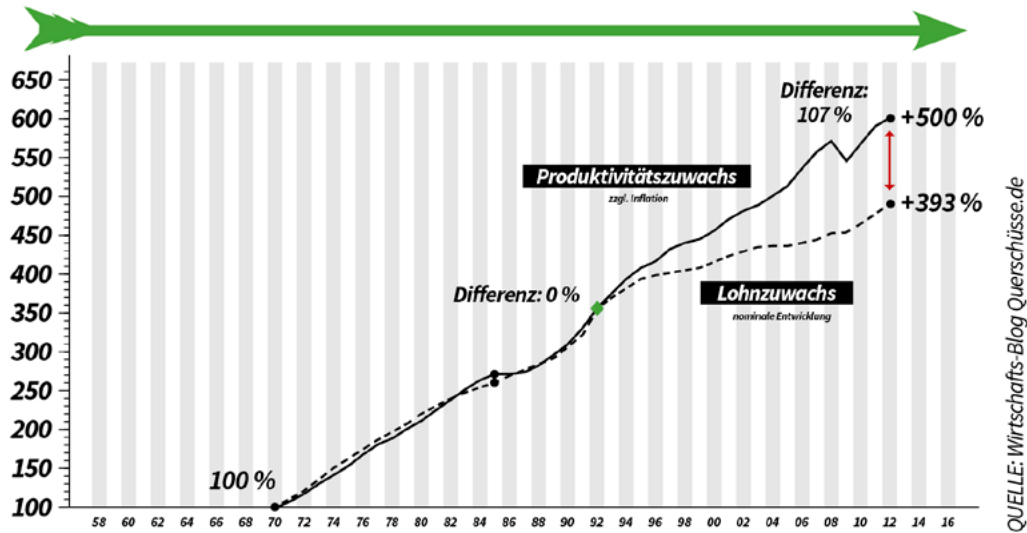
WARUM JETZT? Das Thema Steuerpolitik wird auf der Bundesdelegiertenkonferenz (11.-13.11. in Münster) final für die Bundestagswahl abgestimmt. Diese Kreismitgliederversammlung ist die letzte vor Antragschluss der BDK und die letzte die noch eine Ausstrahlungswirkung entfalten kann.

WARUM HIER? Wo könnte man passender über Gerechtigkeit reden als in einem der Kölner Problemstadtteile mit besonders großer Einkommensungleichheit? In Chorweiler wird weniger über regenerative Energien und mehr über existenzielle Fragen gesprochen. Wir haben - auch medial - die Chance Wählergruppen anzusprechen, die wir sonst nur schwer erreichen.

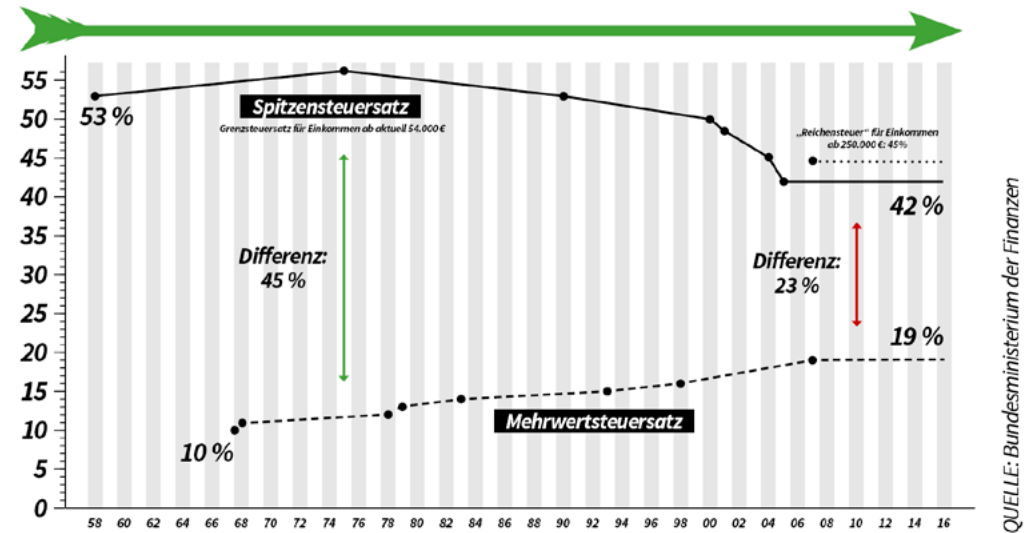
WO DIE GERECHTIGKEITSLÜCKEN LIEGEN (in Grafiken erklärt):



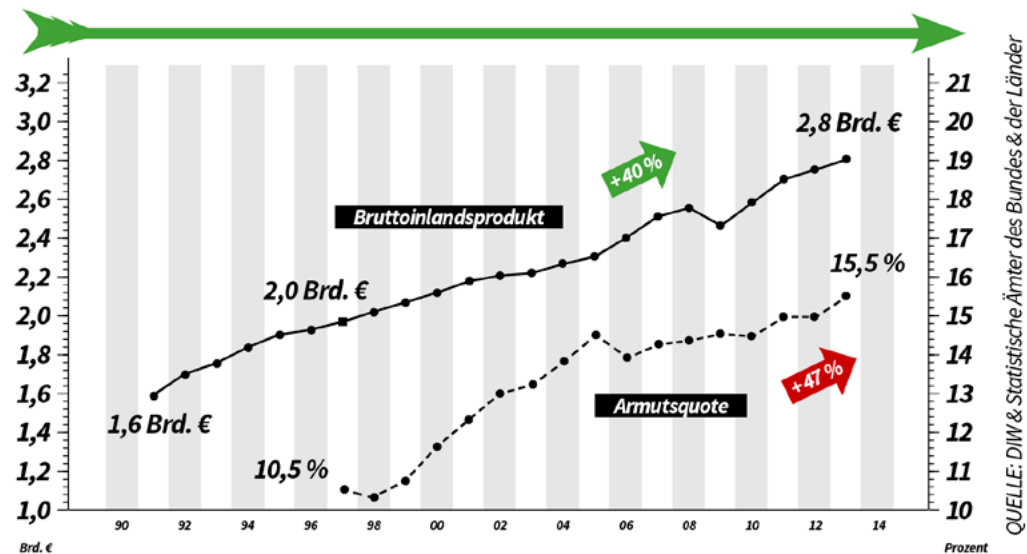
# PRODUKTIVITÄTS- & LOHNZUWACHS



# ENTWICKLUNG DER STEUERSÄTZE



# BRUTTOINLANDSPRODUKT & ARMUT



# VERTEILUNG DES VERMÖGENS

